



BERLINER INFORMATIONSDIENST

→ zur Steuerpolitik

→ TOP-ISSUES

BEKÄMPFUNG GRENZÜBERSCHREITENDER STEUERFLUCHT ERNEUT THEMA IN DER EU

Auch in der EU nimmt die Bekämpfung von grenzüberschreitender Steuerflucht weiter Gestalt an. Am 21.05.2013 verabschiedete das Parlament eine Entschließung über EU-weite Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerflucht, um die Steuerlücke von einer Billion Euro bis 2020 mindestens zur Hälfte zu schließen. Gleichzeitig wurde vergangenen Mittwoch der Druck auf die Regierungen verstärkt, einen automatischen Informationsaustausch über alle Arten von Einkommen zu vereinbaren.

Entschließung über die Bekämpfung von Steuerbetrug, Steuerflucht und Steueroasen

Die Abgeordneten verlangen von den EU-Ländern eine Einigung über Maßnahmen gegen Steueroasen, die Bekämpfung aggressiver Steuerplanung sowie die Schließung von Gesetzeslücken, die eine Steuerumgehung erlauben. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

OECD-AKTIONSPLAN ZU „ADDRESSING BASE EROSION AND PROFIT SHIFTING“ (BEPS)

Am 12.02.2013 hat die OECD einen Zwischenbericht zur „Aushöhlung von Steuerbemessungsgrundlagen und zu Gewinnverlagerungen“ (Addressing Base Erosion & Profit Shifting = BEPS) veröffentlicht. In ihm wird die Problematik legaler Steuergestaltungsmöglichkeiten untersucht sowie der Bedarf an internationaler Zusammenarbeit behauptet, um mögliche „Steuerlücken“ zu schließen. Der Bericht geht auf einen Aufruf der G20-Finanzminister aus dem Juni 2012 zurück. Im November 2012 hatten die Minister Schäuble, Osborne (UK) und Moscovici (F) das Thema im Vorfeld des nächsten G20-Finanzministertreffens erneut adressiert. Der BEPS-Bericht war auch Teil der Diskussionen des Treffens der G20-Finanzminister in Moskau Mitte Februar. Die beschriebene Problematik ist nicht grundsätzlich neu, legale Steuerumgehung keine Erfindung des 21. Jahrhunderts, siehe auch den Steueroasenbericht der Bundesregierung vom 23.06.1964, der zum AStG geführt hat, oder den Bericht „Harmful Tax Competition, An Emerging Global Issue“ der OECD aus dem Jahr 1998. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 4](#)

EDITORIAL

Liebe Leser,

in dieser Ausgabe des BID-Steuerpolitik stehen aufgrund aktueller Entwicklungen die Themen der legalen Steuervermeidung sowie der Steuerhinterziehung und des Steuerbetrugs im Fokus. So wurde in den USA im Rahmen einer Anhörung ein Bericht des Senats diskutiert, der sich mit den Steuervermeidungsstrategien des Unternehmens Apple beschäftigt. Zudem spricht sich das Europäische Parlament in einer Entschließung für EU-weite Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerflucht aus. In einem weiteren Artikel haben wir für Sie die aktuellen Entwicklungen zum OECD-Aktionsplan zu dem Thema Base Erosion and Profit Shifting dargestellt.

Wie in unserer letzten Ausgabe des BID Steuerpolitik 2013.21 berichtet, hat der Bundestag das AIFM-Steuer-Anpassungsgesetz am 16.05.2013 in 2. und 3. Lesung beschlossen. Danach ist vorerst keine Regelung zur Hebung stiller Lasten vorgesehen. Zudem soll es punktuelle Nachbesserungen bei der kürzlich verabschiedeten Organschaftsreform geben. Allerdings hat der Finanzausschuss des Bundesrates am 24.05.2013 beschlossen, dem Plenum die Anrufung des Vermittlungsausschusses zu empfehlen. Damit könnte auch dieses Verfahren weiter in der Schwebe bleiben.

Dr. Tanja Wiebe, LL.M.
Managing Director FinTax policy advice

PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf [Seite 3](#).

CONTENT

→ TOP-ISSUES 1 – 10

Bekämpfung grenzüberschreitender Steuerflucht erneut Thema in der EU

OECD-Aktionsplan zu „Addressing Base Erosion and Profit Shifting“ (BEPS)

Apple vor Anhörung des Senatsausschusses

AIFM-Steuer-Anpassungsgesetz: Anrufung des Vermittlungsausschusses wahrscheinlich

Inhaltliche Bestimmtheit von Gewerbesteuerermessbescheiden bei mehreren Betrieben eines Steuerschuldners; Vorliegen eines Betriebs oder mehrerer Betriebe

→ OUTGOING 11 – 12 vom 20.05. bis 24.05.2013

Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke zur strafbefreienden Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung

Beratung des Bundesrat-Finanzausschusses zum Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/61/EU über die Verwalter alternativer Investmentfonds

Beratung des Bundesrat-Finanzausschusses zum Gesetz zu dem Abkommen vom 03.04.2012 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Cookinseln über die Unterstützung in Steuer- und Strafverfahren durch Informationsaustausch

... sowie weitere Ergebnisse

→ STATUS 13 – 22 vom 24.05.2013

Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung von Steuerstraftaten

Gesetz zur Verkürzung der Aufbewahrungsfristen sowie zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften

... sowie weitere Gesetze

→ UPCOMING 23 vom 24.05. bis 31.05.2013

Bundestag: keine Sitzung, nächste Sitzungswoche: 03.-07.06.2013

Bundesrat: keine Sitzung, nächste Sitzung: 07.06.2013

Stakeholder: keine steuerpolitisch relevanten Termine

APPLE VOR ANHÖRUNG DES SENATSAUSSCHUSSES

Die Debatte um die Steuerehrlichkeit der US-Wirtschaft ist nun international voll im Gange. Vergangenen Dienstag, den 21.05.2013 wurde in der Parlamentskammer ein 40-seitiger Bericht des US-Senats in einer Anhörung diskutiert, der die Steuervermeidungsbestrebungen des US-Technologiekonzerns Apple untersucht. Der Bericht verdeutlicht Gesetzeslücken in den USA, die viele Großkonzerne zur Steuervermeidung nutzen. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 5](#)

AIFM-STEUER-ANPASSUNGSGESETZ: ANRUFUNG DES VERMITTLUNGS-AUSSCHUSSES WAHRSCHEINLICH

Am heutigen 24.05.2013 hat der Finanzausschuss des Bundesrats erwartungsgemäß dem Bundesratsplenum empfohlen, zum AIFM-Steuer-Anpassungsgesetz (AIFM-StAnpG) den Vermittlungsausschuss (VA) anzurufen. Voraussichtlich wird das Plenum des Bundesrats dieser Beschlussempfehlung am 07.06.2013 folgen. Hauptgrund ist dem Vernehmen nach die Ablehnung des Bundestags, eine von den Bundesländern vorgeschlagene Regelung zur Abwehr der BFH-Rechtsprechung zu „angeschafften Rückstellungen“ in den Gesetzentwurf aufzunehmen. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 7](#)

INHALTLICHE BESTIMMTHEIT VON GEWERBESTEUERMESSBESCHIEDEN BEI MEHREREN BETRIEBEN EINES STEUERSCHULDNERS; VORLIEGEN EINES BETRIEBS ODER MEHRERER BETRIEBE

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit Revisionsurteil vom 20.03.2013 (Az: X R 38/ 11) entschieden und dargelegt, welche Anforderungen an die inhaltliche Bestimmtheit von Gewerbesteuerermessbescheiden zu stellen sind, wenn der Steuerschuldner mehrere Betriebe unterhält. Zudem führt er näher aus, nach welchen Kriterien zwei Betätigungen zu einem einheitlichen Gewerbebetrieb zusammenzufassen sind. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 9](#)

DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis.

www.fintax-pa.de

➔ **BESTELLFAX AN 030. 20 45 41 -21**

ODER FORMLOS PER MAIL AN mail@bid.ag



PROBEABONNEMENT

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für vier Wochen zur Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose Lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern. Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die folgenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes für vier Wochen zur Probe:

- ➔ Berliner Informationsdienst zur **ENERGIEPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **GESUNDHEITSPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **NETZPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **STEUERPOLITIK**

Ich interessiere mich für die folgenden Politikfelder und bitte um Zusendung eines Angebotes für ein individualisiertes Monitoring:

- ➔ **VERKEHRSPOLITIK**
- ➔ **SICHERHEITSPOLITIK**
- ➔

Unternehmen/Institution

Ansprechpartner

Funktion

Telefonnummer

E-Mail-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll)

PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zu den Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphere.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.bid.ag

REDAKTION

Für allgemeine Fragen zum Berliner Informationsdienst steht Ihnen die Herausgeberin zur Verfügung:

Dr. Sandra Busch-Janser
sbj@bid.ag, 030.20 45 41 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

für Energiepolitik:
Lillemor Ullrich, lu@bid.ag, -26

für Gesundheitspolitik:
Roberta Wendt, rw@bid.ag, -27

für Netzpolitik:
Aylin Ünal, au@bid.ag, -25

für Steuerpolitik:
Dr. Tanja Wiebe, tw@bid.ag, -20

IMPRINT

Herausgeber: polisphere e.V.
Friedrichstr. 60, D-10117 Berlin
0049. 30. 20 45 41 -20 (Tel.) -21 (Fax)

berlin@polisphere.eu
www.polisphere.eu